



Im Februar 2026 tritt der Krieg in der Ukraine in sein fünftes Jahr. Die Frontverläufe sind kaum verändert, die Kämpfe andauernd erbittert – ein Stellungskrieg des 21. Jahrhunderts mit enormen menschlichen und materiellen Kosten auf beiden Seiten. Doch während die globale Aufmerksamkeit weiterzieht, verschieben sich die Parameter dieses Konflikts leise, aber nachhaltig.

Militärische Stagnation - mit asymmetrischem Risiko

Die russischen Streitkräfte erzielen geringe, aber konstante Geländegewinne entlang mehrerer Frontabschnitte. Ihr Vorgehen bleibt geprägt von Materialüberlegenheit und personeller Überlegenheit, erkaufte jedoch mit hohen Verlusten. Auf ukrainischer Seite steht eine Armee, die moralisch noch nicht gebrochen, aber operativ zunehmend unter Druck geraten ist. Der Personalmangel, verbunden mit wachsender Wehrdienstverweigerung und offenen Lücken in der Verteidigungslinie, droht die bisherige Verteidigungsfähigkeit zu unterminieren.

Es ist kein spektakulärer Zusammenbruch, der sich andeutet, sondern ein allmähliches Erodieren der ukrainischen Widerstandskraft. In einem Krieg, dessen Verlauf von Logistik, Ausdauer und strategischem Gleichmut geprägt ist, könnten kleine operative Fortschritte Russlands schnell an Dynamik gewinnen – wenn es Kiew nicht gelingt, neue Kräfte zu mobilisieren und Reserven aufzufüllen.

Ein Volk im Ausnahmezustand - und auf der Suche nach Auswegen

Der innenpolitische Druck in der Ukraine wächst. Die zermürenden Jahre des Krieges, Stromausfälle, wirtschaftliche Nöte und die allgegenwärtige Trauer um gefallene Angehörige haben das gesellschaftliche Klima verändert. Umfragen zeigen eine zunehmende Bereitschaft, den Krieg zu beenden – auch um den Preis territorialer oder politischer Konzessionen an Russland. Es ist kein Umschwenken in der Haltung gegenüber dem Aggressor, sondern Ausdruck eines kollektiven Erschöpfungszustands.

Für Präsident Wolodymyr Selenskyj eröffnet sich damit ein gefährlicher politischer Raum: Einerseits bietet die veränderte Stimmung die Möglichkeit, diplomatische Wege zu sondieren. Andererseits droht ihm innenpolitischer Rückhalt zu entgleiten, sollte er in den Augen vieler Ukrainer den langen Abwehrkampf durch eine „verlorene“ Verhandlung entwerten. Die Erzählung vom nationalen Widerstand wird zunehmend durch die Realität des militärischen



Stillstands herausgefordert.

Washingtons Kurswechsel - und Putins langer Atem

Die veränderte Rolle der Vereinigten Staaten verschärft die strategische Unsicherheit. Die neue Administration in Washington setzt auf wirtschaftliche Anreize, um Russland zu einem Waffenstillstand zu bewegen, während sie die militärische Unterstützung für die Ukraine schrittweise reduziert. Nur Geheimdienstinformationen und begrenzte Waffenlieferungen bleiben bestehen. Der Ansatz ist transaktional: weniger geostrategisches Engagement, mehr ökonomische Hebelwirkung.

Doch dieser Kurswechsel beruht auf der Annahme, dass Wladimir Putin auf materielle Anreize reagiert. Das ist zweifelhaft. Die Unterwerfung der Ukraine unter den russischen Einfluss ist für das Regime in Moskau keine Frage taktischer Opportunität, sondern ideologisch grundiert. Die Kriegsziele Russlands bleiben unverändert: Kontrolle, Destabilisierung des Westens, Demontage der ukrainischen Staatlichkeit.

Ein Waffenstillstand nach westlicher Logik – Verzicht auf weitere Aggression im Gegenzug für Sanktionserleichterungen – dürfte aus Moskauer Sicht strategisch uninteressant bleiben, solange ein militärisches Vordringen auch nur in Teilen möglich ist. Die Zeit arbeitet nicht automatisch gegen Russland, sondern vielmehr gegen eine Ukraine, die politisch erschöpft und strategisch isolierter dasteht als zu Beginn des Krieges.

Der Ukraine droht damit ein gefährlicher Schwebezustand: militärisch nicht besiegt, aber ohne klare Perspektive; politisch auf Dialog gedrängt, aber mit zweifelhaften Aussichten auf ein tragfähiges Verhandlungsergebnis. In dieser Lage liegt weniger ein Wendepunkt als ein schleichender Übergang – von der Phase heroischer Selbstbehauptung zu jener mühsamer politischer Aushandlung.

Mehr Top-Nachrichten

Trumps Drohungen erschüttern Europa und Amerika

Führende Politiker in Europa und darüber hinaus haben sich gegen Trumps Macht-und-Rechts-Vision nach der jüngsten US-Operation in Venezuela sowie gegen Trumps Drohungen, in Kolumbien und Mexiko zu intervenieren und die Kontrolle über Grönland zu



übernehmen, zur Wehr gesetzt. In einer trotzig gemeinsamen Erklärung erklärten die Führer von Dänemark, Frankreich, Deutschland, Großbritannien und anderer Länder, dass „Grönland seinem Volk gehört.“

Während einer Dringlichkeitssitzung der Organisation Amerikanischer Staaten verurteilten Länder wie Brasilien, Mexiko und Kolumbien die US-Militäroperation in Venezuela. Ein Demonstrant unterbrach den Vertreter der USA und rief „Hände weg von Venezuela“ und bezeichnete den US-Einsatz als „imperialistischen Öltraub“.

Mehr über Venezuela:

Trump kündigte an, Venezuela werde beginnen, 30 bis 50 Millionen Barrel Öl an die USA zu liefern. Sofern bestätigt, wäre dies das erste große Zugeständnis der neuen venezolanischen Führung.

Die venezolanische Regierung geht hart vor: Mehrere Journalisten wurden festgenommen, und mindestens zwei Personen wurden verhaftet, weil sie die Festnahme von Präsident Nicolás Maduro gefeiert hatten.

Weitere Nachrichten

In **Paris** einigten sich europäische Regierungschefs darauf, der **Ukraine** zentrale Aspekte der Sicherheit nach dem Krieg bereitzustellen, einschließlich der Bereitstellung von Truppen.

Ärzte ohne Grenzen teilten mit, dass **Israel** ihnen befohlen habe, ihre Arbeit in Gaza einzustellen, nachdem sie den neuen Einschränkungen nicht nachgekommen seien.

Syrien und Israel nahmen wieder von den USA vermittelte Gespräche über die Reduzierung der Grenzspannung auf.

Die Schweizer Bar in **Crans-Montana**, die letzte Woche von einem tödlichen Brand betroffen war, sei seit sechs Jahren nicht inspiziert worden, gaben örtliche Beamte zu.

Autor: P. Tiko